



Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni



JA

Sauberer Strom ohne Kohle

22. Sept. 2013

Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft

Von Silva Semadeni, Passugg-
Araschgen

Die kantonale Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» kommt am 22. September 2013 zur Abstimmung. Der Grund: Das Bündner Stromunternehmen Repower, das zu 58% dem Kanton Graubünden gehört, hält an seinem umstrittenen Kohlekraftprojekt in Saline Joniche fest. Was nirgendwo in der Schweiz – geschweige denn in Graubünden – gebaut werden könnte, soll mit Bünd-

Inhalt

Initiative Strom ohne Kohle	1
Tankstellenshops	4
Aufhebung Wehrpflicht	5
Epidemiengesetz	7
Managerlöhne	8
Fachkommissionen	11
SP 60+	12
Interkulturelle Bibliothek	13
JUSO GR	14
Leute: Sabrina Menge	15
Letzte Seite	16



JA zu sauberem Strom ohne Kohlekraft

Kant. Abstimmung vom 22. September 2013

ner Beteiligung in Kalabrien gegen den Willen der dortigen Bevölkerung entstehen. Die Volksinitiative, lanciert von besorgten Bündner Bürgerinnen und Bürgern, will dies verhindern.

Kohlekraft ist schädlich

Ein Kohlekraftwerk, wie es in Saline Joniche geplant ist, setzt jedes Jahr sechsmal so viel klimaschädliches CO₂ frei wie alle Haushalte in Graubünden zusammen. Bedenklich sind zudem die giftigen Schwermetalle, die durch Verbrennung der Kohle in die Luft gelangen. Es erstaunt nicht, dass sich in Kalabrien das regionale Parlament und die Gemeinden in der Region gegen das Kohlekraftwerk aussprechen und das Projekt vor Gericht anfechten. Kohlekraftwerke schaden aber global dem Klima und so auch dem sensiblen Alpenraum. In den kommenden Jahrzehnten werden klimabedingte Veränderungen wie der beschleunigte Rückzug der Gletscher, die steigende Schneefallgrenze oder mehr Murgänge die Bergregionen noch mehr herausfordern. Es ist unverständlich, dass sich ein staatseigenes Unternehmen aus Graubünden an einem klimaschädlichen Projekt beteiligen will.

Nicht gegen Repower

Die Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» will, dass Repower die Pläne für das über eine Milliarde Euro teure Kohlekraftwerk in Saline Joniche aufgibt. Unternehmen mit Beteiligung des Kantons sollen nicht in Kohlekraftwerke investieren.

Die Volksinitiative richtet sich nicht gegen Repower, sondern nur gegen Kohleprojekte. Die grosse Bedeutung von Repower für den Kanton und die Arbeitsplätze in den Regionen werden von niemandem in Frage gestellt. Die diesbezügliche Angstmacherei der Initiativgegner ist fehl am Platz. Bei Annahme der Initiative wird der Kanton seine Beteiligung von 58% an Repower nicht verkaufen müssen, wie behauptet wird. Dies hat Axpo, der Repower-Partner, vor einigen Monaten unmissverständlich klar gestellt. Und Repower hat Erfahrung im Rückzug aus Kohleprojekten. Den Verzicht auf das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel (Deutschland) hat sie bereits überstanden. Auch andere Schweizer Stromversorger haben Pläne für neue Kohlekraftwerke im Ausland aufgegeben. Sie sind nicht nur klimapolitisch bedenklich, sondern auch wirtschaftlich riskant, wie 23 namhafte Ökonomen schon 2011 in einem offenen Brief aufgezeigt haben. Im europäischen Strommarkt bestehen Überkapazitäten. Mehrere Kohlekraftwerke müssen ihre Produktion drosseln, denn erneuerbare Energien haben Vorrang im Netz. Um den Klimawandel abzubremsen sind in Zukunft zudem höhere CO₂-Abgaben zu erwarten, die Kohlekraftwerke stärker belasten und ihre Konkurrenzfähigkeit mindern. Dies ist dann für die Wasserkraft von Vorteil. Mit dem Verzicht auf Kohlekraftwerke kann Repower ihr erneuerbares Portefeuille erweitern – auch im sonnigen Italien – und das Image des sauberen Unternehmens aus dem Berggebiet festigen.



Silva Semadeni,
Nationalrätin
SP GR



Der Parteivorstand der SP GR fasste einstimmig die **JA-Parole** und lehnt den Gegenvorschlag bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung ab. Die Stichfrage wird einstimmig mit «Initiative» beantwortet.

Für erneuerbare Energie und Effizienz

Repower steht in Zukunft umso besser da, je konsequenter sie sich im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz positioniert. Wasser, Holz und Sonne – und ein bisschen Wind – sind die einheimischen Energieträger Graubündens. In unseren meist nebelfreien Höhenlagen liegt das grosse Potenzial der Sonne noch weitgehend brach. Bei den Effizienzanstrebungen steht die energetische Sanierung des Gebäudeparks im Vordergrund. Auch die Wirtschaft kann den Energieverbrauch optimieren und Kosten sparen. Investitionen in diesen Bereichen bringen Arbeit und Verdienst für das Gewerbe im ganzen Kanton. Genau in diese Richtung zielt die Energiestrategie 2050 des Bundesrates. Mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft werden Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt gefördert. Die wetterbedingt schwankende Sonnen- und Windstromerzeugung passt bestens zur speicher- und regulierbaren Wasserkraft. Und Graubünden besitzt viele Speicherseen und produziert fast viermal so viel Wasserkraftstrom wie es selber benötigt. Die sichere, effiziente Versorgung durch 100% einheimischen, erneuerbaren Strom ist das langfristige Ziel. Klimaschädliche, schwerfällige Kohlekraftwerke passen nicht in dieses Szenario.

Ein überzeugtes Ja zur Volksinitiative

Regierung und Grosser Rat teilen die Meinung, dass Kohlekraftwerke nicht zu Graubünden passen. Ihr Gegenvorschlag ist aber widersprüchlich, weil er sowohl das geplante Kraftwerk in Saline Joniche wie auch zukünftige Investitionen in Kohlekraftwerke «bei denen der CO₂-Austoss wesentlich reduziert wird» zulässt. Der Gegenvorschlag entpuppt sich so als reines abstimmungstaktisches Verhinderungsvehikel gegen die Volksinitiative. Er bietet keine Alternative und muss abgelehnt werden. Nur die Initiative gewährleistet, dass weder das umstrittene Werk in Saline Joniche noch andere Kohlekraftwerke mit Bündner Beteiligung gebaut werden. Die SP Graubünden empfiehlt darum ein Ja zur Initiative in die Urne zu legen, den Gegenvorschlag abzulehnen und bei der Stichfrage die Initiative zu wählen. Die SP ist überzeugt, dass die Annahme der Initiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohle» gut ist für Graubünden und für Repower.



NEIN zum 24-Stunden Arbeitstag

Eidg. Abstimmung vom 22. September 2013

Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops

Von Sascha Müller, Davos

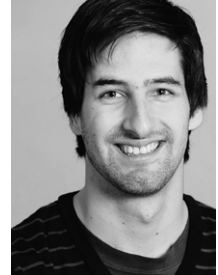
Der Markt im Detailhandel ist gesättigt. Es herrscht ein erbitterter Verteilungskampf, bei dem die Grossen versuchen, auf Kosten der Kleinen noch mehr Marktanteile zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür sind die immer längeren Ladenöffnungszeiten, denn die können sich nur die Grossen leisten. Bei einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten macht die Branche nicht mehr Umsatz, sondern dieser wird lediglich auf eine grössere Zeitspanne verteilt. Für die Kleinen sind die Personalkosten zu hoch als dass sie mit dieser Entwicklung Schritt halten könnten. So verlieren sie Kundschaft an die Grossen und werden aus dem Markt verdrängt.

Nach unzähligen verlorenen Abstimmungen über die Liberalisierung der Öffnungszeiten versuchen es die Grossen mit einer neuen Strategie: Die Tankstellenshops – nota bene im Besitz von Coop, Migros, Valora, BP und ihren Partnern Socar und Tamoil – sollen an «Hauptverkehrswegen mit starkem Reiseverkehr» rund um die Uhr das gesamte Sortiment anbieten dürfen. Dies ist nichts weiter als eine grosse Schlaumeierei, denn nebst der äusserst unklaren geografischen Definition «Hauptverkehrswege», ist der Begriff «Tankstellenshop» irreführend. Von 1300 solcher Shops in der Schweiz haben heute über 1000 eine

Ladenfläche von mehr als 50 m². Das macht sie zu gewöhnlichen Läden, die einfach noch eine Zapfsäule haben. Dies zeigt, dass es den bürgerlichen Liberalisierungsturbos um weit mehr geht, als nur um eine kleine Anpassung des Arbeitsgesetzes. Im Parlament versuchen sie mit ständig neuen Vorstössen, den 24-Stunden-Arbeitstag einzuführen.

Nebst der Einführung des 24-Stunden-Tags gibt es bei der Deregulierung der Tankstellenshops auch noch einen zweiten Nutzen für die Grossen im Geschäft: Tankstellenshops (seien sie noch so gross) erlauben meistens schlechtere Arbeitsbedingungen als herkömmliche Läden. So müssen sich z.B. die Coop Mineraloel AG oder Migrolino nicht an die Gesamtarbeitsverträge von Migros und Coop halten.

Der Verkauf ist heute schon keine Vorzeigebbranche. Löhne von 3500 Franken, Arbeit auf Abruf und zerstückelte Arbeitszeiten sind vielerorts üblich. Auch ohne Nacharbeit ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für VerkäuferInnen schwierig, da viele Beschäftigte bereits am Samstag arbeiten. Nacharbeit verschlechtert diese Situation zusätzlich. All das spricht dafür, dass der Arbeitnehmerschutz weiter ausgebaut werden muss und nicht dem bürgerlichen Liberalisierungswahn geopfert werden darf.



Sascha Müller,
UNIA-Mitarbeiter

Der Parteivorstand der SP GR lehnt die Änderung des Arbeitsgesetzes einstimmig ab.

JA zur Aufhebung der Wehrpflicht!



Eidg. Abstimmung vom 22. September 2013



Nikolai Prawdzic,
GSoA-Sprecher

Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen

Von Nikolai Prawdzic, Uster

Die Schweiz als eine Insel. So zeigt sich das Land auch in der Wehrpflicht-Frage. Ausser Österreich haben alle Staaten in Zentraleuropa vom Modell der Wehrpflicht Abschied genommen. Zu teuer und zu gross für die realen Bedrohungen der heutigen Zeit waren die Massenheere. In der Schweiz weht ein anderer Wind. Die Heimat droht abgeschafft zu werden, so die emotional aufgeladenen Argumente der Initiativ-Gegner. Sie nennen das Volksbegehren «Unsicherheitsinitiative». Die Angst vor Traditionsverlust, vor einer Schweiz ohne gedrillte, auf Befehl gehorchende Männer lassen Offiziersgesellschaften und Schützenvereine auf die Barrikaden steigen. Mit Sicherheit haben diese Argumente allerdings wenig zu tun.

Kritische Stimmen von links

Während die linken Parteien und Friedensorganisationen geschlossen für das Anliegen eintreten, gibt es auch unter ihnen vereinzelt KritikerInnen. Sie befürchten, die Aufhebung der Wehrpflicht würde zu einer «Rambo-Armee» führen. Doch das Argument hält der Realität nur schwer stand. Es orientiert sich am Wehrpflicht-Mythos, der die Armee noch immer als Spiegel der Gesellschaft hochhält, in der alle Bevölkerungsschichten vertreten sind. Diese Vorstellung gehört längst der Vergangenheit an. Einer der Gründe dafür ist, dass sich

in den neunziger Jahren pazifistische und antimilitaristische Kreise den Zivildienst erstritten. Nicht länger sollten junge Wehrdienstverweigerer ins Gefängnis müssen. Die Einführung des Ersatzdienstes hatte zur Folge, dass sich seither armeekritische, vorwiegend Linke für den Zivildienst entschieden oder den blauen Weg (Ausmusterung) gingen.

Die Wehrpflicht ist eine Illusion

Doch nicht nur die Errungenschaft des Zivildienstes hat dazu geführt, dass nicht mehr vom Schmelztiegel der Gesellschaft die Rede sein kann. Die Armee hat selber ihren Beitrag dazu geleistet. Während auf dem Papier noch immer von der Wehrpflicht die Rede ist, leisten in der Realität nur gerade mal noch 27 Prozent der Männer den Militärdienst zu Ende. Der Grund: Die Armee will gar nicht alle. Die Folge dieser abstrusen Situation ist staatliche Willkür. Im Kanton Jura z.B. wurden 2012 über die Hälfte des Jahrgangs für untauglich erklärt, im Kanton Appenzell-Innerrhoden liegt die Untauglichkeitsquote 32 Prozent tiefer. Während Kinder aus gebildeten Familien oft Unterstützung und Know-how haben um mit Hilfe von Arzt und Psychiater den Blauen Weg zu wählen, ist der Militärzwang, der Drill, die Kasernierung für tausende junge Männer noch immer real. Für diese lohnt es sich, am 22. September ein JA in die Urne zu legen.

Der Parteivorstand der SP GR sprach sich mit 18 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Initiative der GSoA aus.

DER 12. SEPTEMBER

Am 12. September 1848 tritt die erste Bundesverfassung der Schweiz in Kraft. Sie hält fest, dass es in der Schweiz keine Untertanenverhältnisse, keine Vorrechte der Geburt, des Orts, der Familien oder Personen mehr gibt. Sie atmet den staatsbürgerlichen Geist von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Deshalb feiern wir auch dieses Jahr am 12. September den Tag der fortschrittlichen Schweiz. Und zwar richtig!

GUTE REDEN. GUTE MUSIK. GUTE LEUTE. GUTE NACHT.
Seid mit dabei im Zeughaus 5 auf dem Kasernenareal in Zürich.

AB 18:00 :

HISTORISCHE FÜHRUNG AUF DEM KASERNENAREAL

AB 18:45 :

GRILL – MIT EUREM EIGENEN GRILLGUT

AB 19:30 :

ABENDPROGRAMM IM ZEUGHAUS 5

REDEN VON :

MIN LI MARTI (GEMEINDERÄTIN ZÜRICH)
ROGER DE WECK (GENERALDIREKTOR SRG SSR)

KONZERT VON :

DABU FANTASTIC

DANACH FEIERN WIR MIT :

DJ ALAIN FORD (BALKANEXPRESS)
BREAK-UP DJ-TEAM (BREITBILD)

DONNERSTAG, 12. SEPTEMBER 2013
ZEUGHAUS 5, ALTE KASERNE, ZÜRICH
EINTRITT FREI. KEINE ANMELDUNG

WWW.12SEPTEMBER.CH

JA zum Epidemiengesetz

Eidg. Abstimmung vom 22. September 2013



Silvia Schenker,
Nationalrätin SP
Basel-Stadt, Mitglied
Kommission für
soziale Sicherheit und
Gesundheit

Das sind wir den besonders Verletzlichen schuldig

Von Silvia Schenker, Basel

Das neue Epidemiengesetz ist ein gutes und wichtiges Gesetz. Die Revision war dringend notwendig und das Resultat überzeugt in fast allen Punkten. Ich bitte euch deshalb, der Vorlage zuzustimmen.

Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten und Kompetenzen bei der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten. Auch wenn heute übertragbare Krankheiten als Ursachen von Krankheit und Tod an Bedeutung verloren haben, ist es wichtig, die Bevölkerung vor solchen Krankheiten zu schützen und nicht erst im Bedarfsfall die Zuständigkeiten für mögliche Massnahmen festzulegen. Genau das tut dieses Gesetz.

Das geltende Gesetz weist einige Lücken und Mängel auf, die mit der Revision behoben wurden. Insbesondere fehlten die rechtlichen Grundlagen, um frühzeitig, das heisst präventiv, aktiv zu werden. Im revidierten Gesetz ist vorgesehen, dass der Bund in besonderen Situationen, also dann, wenn Epidemien drohen, Impfungen für obligatorisch erklären kann. Das hat zur Folge, dass z.B. Personen, welche mit chronisch Kranken arbeiten, sich im Fall einer drohenden Epidemie impfen lassen müssen. Wenn sie dies nicht tun, kann ihnen verboten werden, chronisch Kranke zu pflegen. Es geht nicht darum, jemanden gegen

seinen Willen oder gar zwangsweise zu impfen.

Wegen der Frage des Impfblogatoriums wurde das Referendum ergriffen. Der Gesetzgeber war und ist sich bewusst, dass der Schutz der Allgemeinheit und insbesondere der Schutz von besonders verletzlichen Personen wie Betagte, chronisch Kranke oder kleine Kinder dazu führen kann, dass andere in ihren individuellen Rechten eingeschränkt werden. Wir sind es den besonders Verletzlichen schuldig, dass wir uns für sie stark machen, auch wenn es vielleicht unbequem ist. In der Botschaft zur Revision des Epidemiengesetzes ist erwähnt, ein Problem des Schutzes vor übertragbaren Krankheiten liege darin, dass eine ganze Reihe von Massnahmen Grundrechte von Betroffenen tangieren können.

Das geltende Recht erlaubt nur den Kantonen, nicht aber dem Bund, Impfungen für obligatorisch zu erklären. Sollte das Referendum erfolgreich sein, wird die kantonale Kompetenz erhalten bleiben. Lediglich die restriktive Bundeskompetenz würde wieder wegfallen. Das Referendum zu unterstützen bedeutet, ein veraltetes Gesetz zu unterstützen, das den neuen Herausforderungen im Bereich der ansteckenden Krankheiten nicht gerecht wird. Das revidierte Epidemiengesetz nimmt sich den Herausforderungen der heutigen Zeit an und ermöglicht es, die Bevölkerung der Schweiz vor ansteckenden Krankheiten zu schützen.

Der Parteivorstand
der SP GR stimmte
dem neuen
Epidemiengesetz mit
16 zu 3 Stimmen und
2 Enthaltungen zu.



Die Explosion der Managerlöhne

Stetig steigende Lohnungleichheit

Von David Gallusser, Zürich

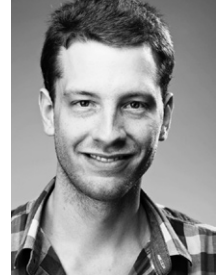
An der Spitze der wachsenden Lohnungleichheit stehen die Topmanager. Ihre Gehälter explodierten Ende der 90er-Jahre förmlich. Dafür verantwortlich sind die Boni und die Macht der Manager, ihre Gehälter selbst festzulegen.

Noch in den 80er Jahren wurden die Direktoren von grösseren Schweizer Unternehmen in ähnlichem Rahmen bezahlt wie Bundesräte. Sie bezogen 386'000 bis 692'000 Franken (zu heutigen Preisen) beziehungsweise 6 bis 11 Mal so viel wie die Arbeitnehmenden in der Schweiz im Durchschnitt. Ende der 90er Jahre explodierten dann aber ihre Gehälter. Innert Kürze liessen sie die Millionengrenze weit

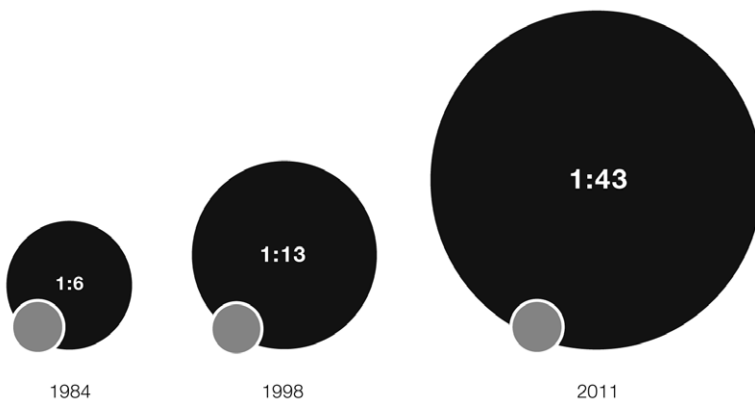
hinter sich. So betrug die durchschnittlichen Höchstlöhne der grossen Börsenkonzerne (SMI und SMIM) 2011 durchschnittlich 4.77 Millionen Franken – normale Arbeitnehmende müssten dafür 66 Jahre arbeiten.

Selbstbedienung in den Chefetagen

Voraussetzung für diese Explosion ist die Macht der Manager. Sie können weitgehend selbst über ihre Gehälter verfügen. Denn an den Konzernspitzen stellt sich ihnen kaum jemand entgegen. Die Verwaltungsräte erachten die exorbitanten Summen nämlich oft als standesgemäss oder stören sich nicht weiter daran, weil sie ihnen persönlich finanziell nicht schaden. Häufig nicken sie die Salär-Wünsche der Manager auch ab, weil sie mit ihnen persönlich verbandelt sind oder ihnen Gefälligkeiten schulden.



David Gallusser, wissenschaftl. Mitarbeiter Schweizerischer Gewerkschaftsbund



Die Explosion Ende der 90er Jahre

Der durchschnittliche CEO- bzw. Höchstlohn* in grösseren Schweizer Unternehmen im Verhältnis zum mittleren Lohn (Median) in der Schweiz.

* 1984 und 1998 beziehen sich auf einen CEO in einem Referenzunternehmen mit 350 bis 900 Millionen Umsatz im Jahr 1990. 2011 basiert auf dem durchschnittlichen Höchstlohn in den SMIM-Konzernen. Quelle: Schweizerischer Gewerkschaftsbund 2013



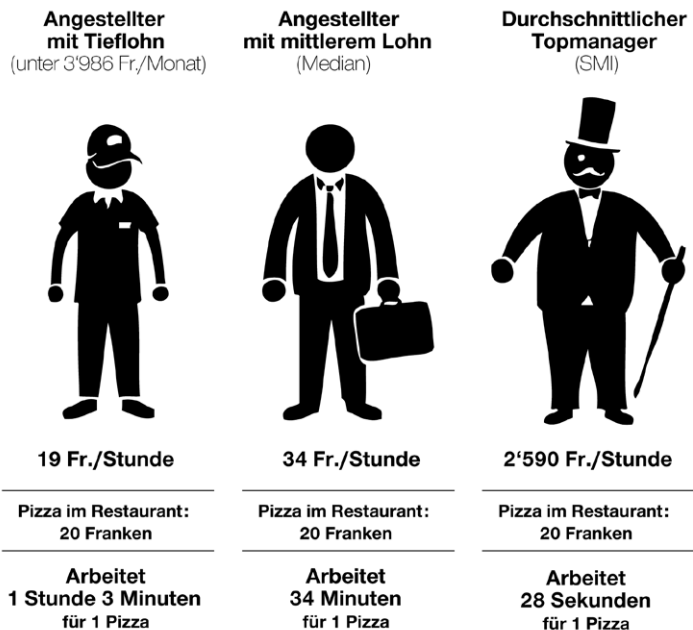
Nachahmung und Boni

Der Filz an den Konzernspitzen ist aber nicht neu. Zur eigentlichen Explosion kam es erst, als die Manager begannen, ihre Macht in höhere Löhne umzumünzen. Das geschah Ende der 90er Jahre. Damals schauten sich die Manager von ihren US-amerikanischen Kollegen die Boni ab. Sie erlaubten es ihnen, sich direkt an den Profiten zu beteiligen und sich bisher ungeschene Summen auszuschütten. Das war ganz im Interesse der Aktionäre. Sie sahen nämlich in den Boni zusätzliche Anreize für die Manager, die Gewinne und Aktienwerte (auch «shareholder value» genannt) weiter in die Höhe zu treiben.

Mit 1:12 Gegensteuer geben

Das Nachsehen hatten die übrigen Beschäftigten. Ohne ihre Arbeit würde zwar kein Manager auch nur einen Franken Umsatz erzielen. Für sie bleibt dennoch weniger, wenn sich die Manager bereichern. Damit die grosse Mehrheit wieder mehr von der Wertschöpfung erhält, die sie erarbeitet, muss die Macht der Teppichetage gebrochen werden. Die 1:12-Initiative macht einen ersten Schritt. In Zukunft soll eine demokratische Regel über die höchsten Löhne entscheiden – und nicht die Manager selbst.

Absurde Verhältnisse



Quelle: Eigene Berechnung mit Daten des Bundesamts für Statistik und Ethos. Daten für 2010.

Kollektiv SP Graubünden

Ich bestelle eine Offerte für folgende Personen:

Name	Vorname	Geburts- datum	KVG mit Unfall	KVG ohne Unfall	Franchise CHF	Allgemein	Halbprivat	Interesse Naturmedizin	
								gross	klein

Name / Vorname:
 Strasse / Nr:
 PLZ / Ort:
 Telefon Privat:
 E-Mail:
 Telefon Mobile:
 zu erreichen:



Bitte senden an: **EGK Gesundheitskasse, Silvia Modalek, Postfach 344, Kornplatz 2, 7002 Chur**
 E-Mail: silvia.modalek@egk.ch
 Tel. 081 257 04 80 Fax. 081 257 04 89 www.egk.ch

Lust auf politisches Engagement

– und interessante Diskussionen?



Tamara Gianera,
Parteisekretärin

Fachkommissionen in der SP GR

Von Tamara Gianera, Chur

Was versteht man unter Parteiarbeit? Oft kriegt man als nicht direkt Involvierte nur die Medienmitteilungen in den Zeitungen mit oder das Interview des Präsidenten im Radio. Parteiarbeit ist aber viel mehr als das, was man in der Öffentlichkeit wahrnimmt. Es wird sehr viel Hintergrundarbeit erbracht, vor allem in unseren Fachkommissionen.

Sie leisten z.B. wichtige Vorarbeit für die Grossratsfraktion. Vernehmlassungen* werden in den jeweiligen Kommissionen studiert und Stellungnahmen z.H. der Regierung verfasst. Diese bilden eine wichtige Grundlage für die Fraktion, wenn es darum geht in der Grossratsdebatte unsere Positionen zu vertreten. Die Arbeit in den Fachkommissionen trägt also wesentlich zur Meinungsbildung in der Partei und der Grossratsfraktion bei und Dank dieser vertieften Vorarbeit finden immer wieder Anliegen unserer Fraktion den Weg auch in die Gesetze.

Es ist aber auch wichtig, dass die Kommissionen sich mit weiteren, für uns zentralen Themen auseinandersetzen. So entstanden in den letzten Jahren zahlreiche Positionspapiere (Energiezukunft, Tourismus, usw. – ein Blick auf unsere Internetseite lohnt

sich). Ein umfassendes und äusserst fundiertes Papier ist z.B. das zur Sozialpolitik. Ein weiterer grosser Brocken ist in Arbeit – das Wirtschaftspapier. Unsere Positionen sollen innerhalb der Partei möglichst breit abgestützt sein. Deshalb finden wir es wichtig, dass nicht nur unsere ParlamentarierInnen in den Kommissionen sitzen, sondern dass auch Leute der Basis an unserer Positionsfindung teilhaben und ihre bereichernde Aussensicht einbringen können. Als Mitglied einer Fachkommission diskutiert man mit und ist in die Meinungsbildung einbezogen. Man lernt immer etwas dazu und erfährt wie Politik ganz konkret funktioniert.

Unsere Fachkommissionen sind kein exklusiver Club, sondern stehen allen Parteimitgliedern offen. Es spielt keine Rolle, ob ihr einfach Interesse an einem Thema oder Politikbereich habt oder ob ihr Fachwissen mitbringt. Wichtig ist, dass ihr Lust habt euch zu engagieren und etwas Zeit aufbringt.

Wer sich für eine oder mehrere Fachkommissionen interessiert oder mehr darüber erfahren möchte, kann sich unverbindlich beim Sekretariat melden. Habt keine Hemmungen! Auch wenn ihr euch bislang noch gar nicht engagiert habt oder niemanden kennt. Ihr seid herzlich willkommen und wir freuen uns, euch kennenzulernen!

Unsere

Fachkommissionen:

- Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik
- Bildung und Kultur
- Gesundheit und Soziales
- Justiz und Sicherheit
- Umwelt, Verkehr und Energie

* Die Regierung präsentiert einen Gesetzesentwurf und schickt diesen in die Vernehmlassung. Die Parteien können dazu Stellung nehmen und Änderungen vorschlagen. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen verabschiedet die Regierung eine Botschaft z.H. des Grossen Rates, welcher das Gesetz nach der Beratung definitiv beschliesst oder verwirft.



Warum es die SP 60+ braucht

– und mehr Bündner Mitglieder!

SP 60+

Von Hanspeter Bruns, Chur

Die Geburtswehen sind überstanden, die Mutterpartei hat ein neues Kind, respektive Organ: die SP 60+. Es entwickelt sich gut, aber seine Wirkkraft steht und fällt mit der Zahl der Mitglieder und hier ist unser Kanton (noch) deutlich unterrepräsentiert. Auslöser für die Schaffung dieses neuen Organs war u.a. der – inzwischen weitgehend anerkannte – demographische Wandel.

Hierzu seien stichwortartig nur die wichtigsten Fakten ins Gedächtnis gerufen:

- der derzeitige Altersaufbau zeigt eine beschleunigte Alterung der Bevölkerung
- das wahrscheinlichste Szenario: in den nächsten 40 Jahren wächst die Gruppe der 65- bis 70-jährigen um 53 %. Sie werden dann etwa 18 % – statt der heutigen 12 % – der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Damit wächst die Zahl der Personen im Ruhestandsalter überproportional. Diese Altersgruppe hat keine adäquate Vertretung in der Mutterpartei. Diese Lücke will die SP 60+ ausfüllen. Sie ist Ansprechpartner, Interessensvertreterin und Sprachrohr der Altersgruppe über 60. Sie vertritt die speziellen berechtigten Interessen dieser immer stärker in den Fokus rü-

ckenden Altersgruppe in der Gesamtpartei und setzt dabei unter anderem folgende Schwerpunkte:

- soziale Absicherung (AHV etc.)
- Betreuung (Gesundheit, Spitex)
- altersgerechtes Wohnen
- Bildungsangebot im Alter
- Sie trägt dazu bei, dass ältere Mitgliedersich in der Partei integriert fühlen. Sie bleiben politisch aktiv.

Was bringt mir die Mitgliedschaft in SP 60+ ?

- Ich kann mitreden und mitentscheiden – unser Motto: «Nichts über uns ohne uns»
- Ich nehme am Generationendialog teil
- Wir, die jung gebliebenen Älteren, haben andere Themen, Anliegen und Bedürfnisse und bevorzugen oft andere Tageszeiten für unsere Treffen. Darauf wird in der SP 60+ Rücksicht genommen.

Jede kantonale Sektion kann zwei VertreterInnen in den Vorstand schicken. Es wäre wünschenswert, dass zumindest eine/einer davon an der jeweiligen Vorstandssitzung teilnimmt. Das ist bis dato nicht immer möglich gewesen und wird es auch in Zukunft nicht immer sein. Nur durch eine auch zahlenmässig starke Vertretung können wir unseren spezifischen Bündner Anliegen Gehör verschaffen.



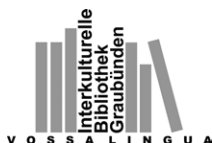
Hanspeter Bruns,
Vorstandsmitglied SP 60+

Wie werde ich Mitglied?

Es gibt viele Möglichkeiten, Mitglied zu werden. Z.B. über die Homepage der SP Schweiz, per E-Mail an info@sp-gr.ch oder per Anmeldeformular (vorrätig beim Parteisekretariat der SP GR). Zu einem späteren Zeitpunkt sollte – mit Hilfe des kantonalen Parteisekretariats – eine Zusammenkunft der Bündner Mitglieder möglich sein.

Vossa Lingua

Die interkulturelle Bibliothek in Chur



VOSSA LINGUA

Interkulturelle
Bibliothek
Graubünden
Storchengasse 8
7000 Chur
info@vossa-lingua.ch
www.vossa-lingua.ch
Telefon: 081 250 72 91

Brücken schlagen

Von Robert Capeder, Chur

Die Interkulturellen Bibliotheken setzen ein Zeichen gegen Intoleranz und Unverständnis zwischen den Kulturen. Sie erweitern den Horizont, indem sie die Vielfalt der in unseren Regionen vertretenen Kulturen als Chance begreifen. Die Interkulturellen Bibliotheken schlagen Brücken zwischen dem Herkunfts- und dem Aufnahmeland ihrer Leserinnen und Leser. Der kulturelle Reichtum und ihre Vielfalt werden so erfahrbar. Sie erlauben es MigrantInnen und Einheimischen gleichermaßen, ihre kulturelle Identität und ihre Muttersprache im gegenseitigen Austausch zu bereichern und zu stärken.

Vossa Lingua richtet sich an Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Interesse an Literatur in anderen Sprachen. Der interkulturelle Austausch wird gefördert, indem Literatur und Dokumentation über die verschiedenen Länder, Völker und Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Die Kultur der ausländischen Bevölkerung wird aufgewertet und die Integration im Einwanderungsland gestärkt.

Die Bibliothek soll ein Treffpunkt auch für jene Personen sein, die erst kurze Zeit hier leben und dabei helfen Beziehungen mit anderen fremdsprachigen Menschen und Gemeinschaften aufzubauen.

«Erzähl mir eine Geschichte»

Eltern und Kinder von drei bis fünf Jahren treffen sich regelmässig zu gemeinsamen Geschichtenstunden in ihrer Erstsprache. Eine Animatorin lädt sie dazu ein, Geschichten auf verschiedene Arten zu erzählen, mit Liedern, Reimen und Versen zu spielen, nach einer einfachen Gebrauchsanleitung zu basteln, Bilderbücher anzuschauen und vieles mehr.

Das Projekt fand erstmals im Herbst 2010 in der interkulturellen Bibliothek Vossa Lingua in Chur statt und wurde konzeptionell von Sikjm, (Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien) unterstützt.

Der Verein konnte mit Genugtuung feststellen, dass bei den beteiligten Familien ein Bewusstseinswandel erfolgt ist. Mütter, die mit ihren Kindern versucht hatten, in der ihnen fremden Sprache Deutsch zu sprechen, haben die Freude an wieder gefundenen Liedern und Versen, an ihrer Herzenssprache und Kultur wieder entdeckt. Dazu haben sie auch gelernt, wie wichtig das Geschichten Erzählen, die sprachliche Kommunikation, das spielerische Umgehen mit Sprache für die gesunde Entwicklung ihrer Kleinkinder und für das Erlernen einer Zweit- und Drittsprache ist.



JUSO GR

Solidarität mit den entlassenen Spar-Mitarbeiter

Von Michael Pinggera, Jenins

«Mit meinem Rauswurf habe ich gerechnet, aber nicht mit dem meiner Leute», die 29-jährige stellvertretende Filialeleiterin der Spar-Filiale Baden-Dättwil Snezana Maksimovic ist enttäuscht. Am elften Streiktag wurde ihr und neun weiteren Angestellten des Spar Tankstellenshops fristlos gekündigt. Grund für den Streik und die Blockade vor dem Laden waren die tiefen Löhne sowie eine ständige Überbelastung des Personals. Konkret bedeutete dies 3600 Franken Lohn, zahlreiche Überstunden und eine ständig wechselnde Belegschaft. Snezana Maksimovic hat in den elf Jahren seit Beginn ihrer Anstellung über 100 personelle Wechsel erlebt – in einem Team aus ca. 20 Frauen und Männern! Aus dieser Perspektive erschien der Streik als eine Notwendigkeit.

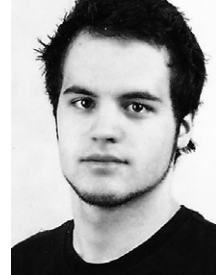
Die Gewerkschaft Unia unterstützte die Streikenden in ihrem Kampf um gerechte Arbeitsbedingungen. Es werden mehrere Versuche unternommen, die Spar-Geschäftsleitung zum Verhandeln zu bringen. Abgemachte Besprechungen werden von Seiten dieser jedoch platzen gelassen. Erst am neunten Tag kommt es zum ersten Treffen, doch der Spar-Verhandlungsführer verlässt vorzeitig den Raum. Als ein weiterer Verhandlungstermin aus fadenscheinigen Begründungen wieder abgesagt wird, wird aufgedeckt, dass den streikenden Angestellten

fristlos gekündigt wurde. Als Reaktion wird der Streik vor den Spar-Hauptsitz nach St. Gallen verlegt, mehrere Klagen gegen Spar werden vorbereitet und das kantonale Einigungsamt eingeschaltet. Dieses hat die Kompetenz Verhandlungen zu erzwingen.

Die Unia Jugend und die JUSO waren und sind weiterhin befremdet über das Vorgehen der Spar-Geschäftsleitung. Die Detailhandelskette verletzte mit der fristlosen Entlassung streikender Spar-Mitarbeitender das von der Verfassung garantierte Streikrecht. Aus Protest und Solidarität mit den Entlassenen wurde am 15. Juni 2013, rund zwei Wochen nach Beginn des längsten Streiks im Detailhandel, gemeinsam vor Sparfilialen in mehreren Kantonen protestiert. So auch wir von der Juso Graubünden in Chur. Mit Flyern und Plakaten machten wir auf das inakzeptable Vorgehen aufmerksam. Wir forderten die Bevölkerung auf, sich mit den missbräuchlich entlassenen Mitarbeitern zu solidarisieren.



Der Spar-Tankstellenshop in Dättwil wird nun übrigens zum Franchise-Shop. Ob Snezana Maksimovic und ihre ehemaligen Arbeitskollegen wieder eingestellt werden steht jedoch noch in den Sternen.



Michael Pinggera,
Vizepräsident Juso
Graubünden

Bündner Jusos
vor dem Spar in Chur

Leute: Sabrina Menge

Mitglied SP Chur



Sabrina Menge

Jahrgang 1983

ledig

Wohnhaft in Chur

Lehrerin

Politische/öffentliche Ämter: Keine

Hobbies: Schwimmen, Segeln, Reisen

Concret: Sabrina, du bist seit knapp einem Jahr SP Mitglied. Was war der Auslöser, der dich veranlasst hat, der SP beizutreten?

Sabrina: Ich hatte in den letzten Jahren das Gefühl, dass die Schweiz immer mehr nach rechts rückt und die für die Schweiz so wichtigen Werte wie die humanitäre Tradition, die Offenheit gegenüber Mitmenschen und dem Ausland zusehends verloren gehen. Da wollte ich für mich selbst ein Zeichen setzen.

Concret: Viele Leute stehen der Sozialdemokratie nahe, haben aber Hemmungen den Schritt zu tun und der Partei beizutreten. Hat es dich denn Überwindung gekostet?

Sabrina: Da bereits meine Eltern in der SP politisch aktiv waren, hat es mich keine Überwindung gekostet.

Concret: Welche politischen Themen liegen dir besonders am Herzen?

Sabrina: Eine der Zeit angepasste Wirtschaftspolitik, Verfolgung einer konsequenten Weissgeldstrategie für die Banken sowie Verhinderung der Lohnexzesse in den Führungsetagen. Einen fairen und ausgeglichenen Sozialstaat für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Den hohen Stand der Bildungspolitik beibehalten und verbessern. Eine faire Ausländerpolitik sowie Auslandspolitik.

Concret: Was erwartest du von der SP Graubünden?

Sabrina: Weiterhin dasselbe Engagement.

Concret: In dem Fall bist du mit der Kantonalpartei zufrieden. Wie sieht es mit der SP Schweiz aus? Gibt es da besondere Anliegen?

Sabrina: Eigentlich nicht.

Concret: Die SP bemüht sich auf allen Ebenen einen ausgeglichenen Anteil an Frauen und Männern zu erreichen. Bei Wahlen z.B. ist es nicht einfach weibliche Kandidatinnen zu finden. Könntest du dir vorstellen, irgendwann einmal für ein Mandat zu kandidieren?

Sabrina: Im Moment nicht.

Concret: Du bist eine interessierte junge Frau? Engagierst du dich auch in anderen Bereichen?

Sabrina: Vor allem bei meiner Arbeit in der Schule.

**Parolen der SP GR
zu den Abstimmungen vom
22. September 2013**

Eidgenössische Vorlagen:

Öffnungszeiten	
Tankstellenshops	NEIN
Aufhebung Wehrpflicht	JA
Epidemiengesetz	JA

Kantonale Vorlagen:

Sauberer Strom ohne Kohle	
Initiative	JA
Gegenvorschlag	NEIN
Stichfrage	Initiative

Initiativtext

«Sauberer Strom ohne Kohle»

In die Kantonsverfassung ist ein klares Bekenntnis gegen Kohlekraftwerke aufzunehmen. Insbesondere soll damit gewährleistet werden, dass der Kanton im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten dafür sorgt, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen.

Gegenvorschlag

Der Kanton sorgt mit einer Bestimmung in der Kantonsverfassung dafür, dass Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen, bei denen der CO₂-Austoss nicht wesentlich reduziert wird.



**ICH WILL ETWAS
BEWEGEN!**

- Ich werde SP-Mitglied
- Ich möchte mehr Informationen über die SP
- Ich möchte Kontakt mit jemandem aus der Sektion in meiner Nähe
- Ich werde SympathisantIn und erhalte regelmässig Infos
- Ich möchte die SP GR mit einer Spende unterstützen (PC 70-885-5)

Vorname/Name

Adresse

PLZ/Ort

eMail Telefon Jahrgang

Einsenden an: SP Graubünden, Postfach 561, 7001 Chur
Oder per eMail: info@sp-gr.ch

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

3/2013 September

www.sp-gr.ch

sekretariat@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion:

Tamara Gianera, Stefan
Grass, Simone Jakob,
Silvia Modalek

Versand: Peter Montigel,
Christian Brassler & Team

Layout: grafik.notta.ch i.V.
Druck: Spescha Luzzi
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 4/2013:
11. Oktober 2013